

11.2.10.1 ✓  
Roedel ✓  
12.1.1



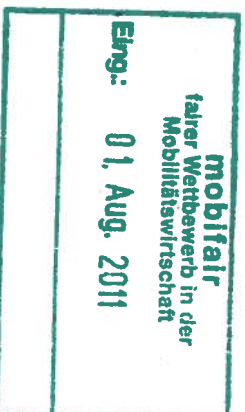
**BAYERISCHER LANDTAG  
LANDTAGSAMT**

BAYERISCHER LANDTAG Landtagsamt Maximilianeum 81627 München

**mobifair**  
z. Hd. Herrn Helmut Diener  
Westendstr. 52  
60325 Frankfurt am Main

**Maximilianeum**  
81627 München  
Telefon +49 (89) 41262597  
oder (089) 41 26-0

29.07.2011  
WI.0252.16



**Eingabe der Frau Christiane Berger**  
**Einhaltung tariflicher und sozialer Mindeststandards bei der Vergabepaxis**  
**der Bayerischen Eisenbahngesellschaft**

Zu Ihrem Schreiben vom 15.07.2011

Anlage: 1 Beschluss (in Abdruck)  
1 Protokollauszug vom 07.07.2011

Sehr geehrter Herr Diener,

nachdem der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie in seiner Sitzung vom 07.07.2011 die o.g. Eingabe behandelt hat, übersende ich Ihnen einen Abdruck des Beschlusses zu Ihrer Information.

Mit freundlichen Grüßen

Hannelore Roedel  
Regierungsdirektorin

**Kommunikation allgemein**  
Telefax 089 4126-1392  
E-Mail [landtag@bavern.landtag.de](mailto:landtag@bavern.landtag.de)  
Internet <http://www.bavern.landtag.de>

**Öffentliche Verkehrsmittel**  
U-Bahn U4/U5 Max-Weber-Platz  
Straßenbahn 19 Maximilianeum

**Paketschrift**  
Max-Planck-Straße 1  
81675 München

Umweltfreundlich. 100 % Altpapier





**BAYERISCHER LANDTAG  
LANDTAGSAMT**

BAYERISCHER LANDTAG · Landtagsamt · Maximilianeum · 81627 München

**Frau**  
**Christiane Berger**  
**DGB-Bezirk Bayern**  
**Schwanthalerstr. 64**  
**80336 München**

**Maximilianeum**  
**81627 München**  
**Telefon +49 (89) 41262597**  
**oder (089) 41 26-0**  
**29.07.2011**  
**WL.0252.16**

**Einhaltung tariflicher und sozialer Mindeststandards bei der Vergabepraxis  
der Bayerischen Eisenbahngesellschaft**  
**Eingabe vom 11.03.2011 mit 1978 Unterschriften**

**Anlagen: 1 Stellungnahme**  
**1 Protokollauszug**

**Sehr geehrte Frau Berger,**  
  
der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat Ihre Eingabe in der öffentlichen Sitzung vom 07.07.2011 beraten und beschlossen,

**die Eingabe aufgrund der Erklärung der Staatsregierung als erledigt zu betrachten**  
**(§ 80 Nr. 4 der Gescho).**

Die Stellungnahme, die die Grundlage für das Beratungsergebnis darstellte, und den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll fügen wir zu Ihrer näheren Information bei.

**Mit freundlichen Grüßen**

**Hannelore Roedel**  
**Regierungsdirektorin**

**Kommunikation allgemein**  
**Telefax 089 4126-1392**  
**E-Mail landtag@bayern.landtag.de**  
**Internet <http://www.bayern.landtag.de>**

**Öffentliche Verkehrsmittel**  
**U-Bahn U4/U5 Max-Weber-Platz**  
**Straßenbahn 19 Maximilianeum**  
**Paketanschrift Max-Planck-Straße 1**  
**81675 München**

**Umweltfreundlich, 100 % Altpapier**



Christiane Berger in 80336 München, DGB-Bezirk Bayern (Wl.0252.16)

- Einhaltung tariflicher und sozialer Mindeststandards bei der Vergabep Praxis der Bayerischen Eisenbahngesellschaft  
VII/4-7110/2573/2 -Wirtschaft-

Vorsitz: Erwin Huber (CSU)

Berichterstattung: Bernhard Roos (SPD)

Mitberichterstattung: Eberhard Rotter (CSU)

Abg. Bernhard Roos (SPD) legt dar, der DGB Bayern vertrete natürlich auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Bayern im Bahnbereich tätig seien. Deshalb werde vom DGB-Bezirk Bayern in der Eingabe gefordert, der Landtag möge darauf hinwirken, dass die BEG - eine 100-prozentige Tochter des Freistaats Bayern - in ihren Strecken- und Netzausschreibungen die Einhaltung konkreter tariflicher und sozialer Mindeststandards als zwingende Zuschlagskriterien aufnehme. Insbesondere die Bindung von Löhnen und Gehältern, Arbeitszeiten und Urlaub an einen repräsentativen Tarifvertrag, Tariftreueerklärung, konkrete Regelungen zur Übernahme von Beschäftigten bei einem Betreiberwechsel nach den Regelungen der EU VO 1370/2007 sowie Anforderungen an die Qualifikation des Personals des potenziellen Betreibers müssten als Kriterien stets Teil der Ausschreibung der BEG werden. Die Umsetzung dieses Anliegens könne nach Aussage des DGB-Bezirks Bayern durch einfache Dienstabweisung seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sofort erfolgen, weil dieses direkt auf die BEG einwirken könne.

Der Feststellung in der Stellungnahme der Staatsregierung, dass dies ein Eingriff in die Tarifautonomie wäre, könne er nicht zustimmen, weil es nur um die Festlegung von Mindeststandards und -kriterien gehe, die natürlich an die Realität anzupassen seien. Den Tarifpartnern bleibe es aber unbenommen, darüber hinausgehende Vereinbarungen zu treffen, die sich auf den Wettbewerb der Verkehrsträger und der Verkehrsgesellschaften auswirken würden. Deshalb sei in diesem Bereich nach seiner Ansicht ein Umdenken bei der Staatsregierung erforderlich.

Von der Staatsregierung werde auf den immer noch ungelösten Tarifkonflikt mit der GDL verwiesen. Aufgrund dessen sei es in den zurückliegenden Monaten immer wieder zu Streikmaßnahmen gekommen. Von der SPD werde derzeit ein Vergabegesetz erarbeitet. Nach Meinung der SPD-Fraktion seien Qualitätsstandards sowohl in sozialer als auch in qualitativer Hinsicht zwingend im Rahmen der Ausschreibungen und Vergaben der BEG zu berücksichtigen.

Das in der Stellungnahme der Staatsregierung angeführte Rüffert-Urteil sei nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht einschlägig und stelle deshalb kein Hindernis dar, um in der gewünschten Art und Weise zu verfahren. Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland existierten verschiedene Ausschreibungs- und Vergabegesetze - beispielsweise in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz -, die in dieser Hinsicht wesentlich weitergehendere Bestimmungen enthielten als dies in Bayern der Fall sei. Deshalb beantrage er, die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Eberhard Rotter (CSU) ist vom Antrag des Berichterstatters nicht überrascht. Den Berichterstatter werde aber genauso wenig überraschen, dass er sich im Zuge seiner Mitarbeiterstattung diesem Antrag nicht anschließen werde. Da die Diskussion schon wiederholt geführt worden sei, wolle er heute nicht vertiefend auf die Problematik eingehen. Deshalb verweise er auf die Stellungnahme der Staatsregierung und stelle nur ergänzend klar, dass auf den Strecken, die im Rahmen von Ausschreibungsverfahren nicht an die DB Regio vergeben worden seien, bei den Eisenbahnunternehmen, von denen die Bedienung dieser Strecken erfolge, gültige Tarifverträge vorhanden seien. Diese Tarifverträge seien sowohl von Vertretern der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer unterzeichnet worden. Sofern in diesen Tarifverträgen teilweise unterschiedliche Leistungen vereinbart worden seien, entspreche dies dem Willen der Tarifvertragsparteien. In der Vergangenheit sei davon abgesehen worden, sich in das Verhältnis der Tarifvertragsparteien einzumischen. Dies sollte auch in der Zukunft der Fall sein.

Im Übrigen sei in der Stellungnahme der Staatsregierung auch der Hinweis enthalten, dass bei allen bisherigen Ausschreibungen im Bereich des Freistaats Bayern überwiegend Verkehrsunternehmen den Zuschlag erhielten, von denen nicht Angebote mit den niedrig-

sten Personalkosten abgegeben worden seien. Insofern treffe der wiederholt erweckte Eindruck nicht zu, der Wettbewerb erfolge nur über die Personalkosten. Vor diesem Hintergrund beantrage er, die Eingabe aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Vorsitzender Erwin Huber (CSU) stellt fest, zu dieser Frage gebe es unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten, über die nur durch Abstimmung entschieden werden könne.

Abg. Bernhard Roos (SPD) räumt ein, dass der Wettbewerb nicht allein über die Personalkosten ausgetragen werde, aber sie stellten den wesentlichen Faktor dar. Anhand der Vergabepaxis der Bundesanstalt für Arbeit sei deutlich geworden, dass dies zu Markterwerfungen führe. Anerkannte Unternehmen blieben unberücksichtigt, weil der billigste Anbieter den Zuschlag erhalte. Dieser Anbieter sei dann aber nicht in der Lage, die anvertrauten Personenzkreise qualifiziert auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dies stelle unter dem Deckmäntelchen des sogenannten Sparens eine Vergewand von öffentlichen Mitteln dar. Wie schon vom Vorsitzenden festgestellt, gebe es aber in diesem Bereich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten. Sofern die SPD im Jahr 2013 die Gelegenheit erhalten sollte, Regierungsverantwortung übernehmen zu können, werde es zu ihren ersten Vorhaben gehören, die derzeitige verfehlte Ausschreibungspraxis zu ändern.

### **Beschluss:**

*Ablehnung des Antrags, die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.*

*(mit den Stimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN bei Abwesenheit der FDP)*

*Zustimmung zum Antrag, die Eingabe aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.*

*Der Petentin ist die Stellungnahme der Staatsregierung zu übersenden.*

*(mit den Stimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN bei Abwesenheit der FDP)*